



Wie erfolgreich sind unsere europäischen Nachbarn auf dem Ökolebensmittelmarkt?

Kassel-Witzenhausen (DMK) - So verschieden die nationalen Strategien zur Entwicklung des Ökomarktes sind, so unterschiedlich sind auch die Erfolge. Der zur Messung des Erfolges von Politikern häufig herangezogene Flächenanteil des Ökolandbaues ist aus Sicht des Marktes hingegen völlig ungeeignet. Zu diesem Schluss kommt Prof. Dr. Ulrich Hamm, Fachhochschule Neubrandenburg, der auf der DMK-Tagung zum Ökolandbau in Kassel die Ergebnisse einer europäischen Marktanalyse zu den Erfolgsfaktoren für die Entwicklung des Öko-Lebensmittelmarktes vorstellte.

Nimmt man den Verbrauchsanteil der Öko-Produkte als Maßstab, der nach Hamm trotz Datenmangel der brauchbarste Maßstab ist, so war vor allem die Politik in Dänemark relativ erfolgreich, obwohl dort die Flächenprämien für den Öko-Landbau stets weit unterhalb des EU-Durchschnitts lagen.

In fast allen EU-Ländern ist zurzeit der Produktionsanteil von Bioprodukten viel geringer als der Flächenanteil des Bio-Landbaues. Dies bedeutet, dass ein großer Teil der Produkte auf dem konventionellen Markt zu üblichen Preisen abgesetzt werden muss. Der mangelnde Absatz stellt den Hauptengpass für die weitere Entwicklung des Ökomarktes dar. Erhebliche Rückumstellungen haben dadurch bereits in Österreich stattgefunden, in Italien, Schweden, Finnland und einigen Grünlandregionen Dänemarks sind sie in den nächsten Jahren zu erwarten.

Eine nachhaltige Entwicklung des Ökolandbaus sei nicht alleine durch hohe Umstellungs- und Beibehaltungsprämien für Ökolandwirte zu erreichen.

Stärkere Kommunikation zwischen Anbietern und Verbrauchern sowie eine Neustrukturierung des Zertifizierungs- und Kontrollwesens und Schaffung von Markttransparenz seien dringend erforderlich, so Hamm. Für die weitere Entwicklung des Ökolandbaus seien auch das Engagement von großen Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels und der Verarbeitungsindustrie, die Bildung starker Absatzkooperationen wie es bereits in Dänemark, aber auch in der Schweiz und Österreich der Fall ist sowie die marktgerechte Gestaltung staatlicher Förderpolitik wichtig.